

| | |
|--|---|
| Arbeitszeit: Flexibilität hilft nicht allen | 2 |
| Verteilung: Bedrohliche Vermögenskonzentration | 3 |
| Arbeitsbedingungen: Kliniken: Viele Experimente, kaum Besserung | 4 |
| Steuern: Schlechte Argumente gegen Börsensteuer | 6 |
| Finanzpolitik: Sparen zur falschen Zeit schadet auch langfristig | 7 |
| TrendTableau | 8 |

GASTARBEITER

Arm nach harter Arbeit

Mithilfe der Gastarbeiter gelang es der deutschen Wirtschaft in den 1960er-Jahren, hohe Wachstumsraten bei stabilen Preisen und Gewinnen zu erzielen. Heute sind sie im Rentenalter – und häufig arm.

Vor 50 Jahren, am 10. September 1964, begrüßte die Bundesrepublik Armando Rodrigues de Sá als millionsten Gastarbeiter. Ein Jahrzehnt später lebten in Westdeutschland bereits knapp vier Millionen Ausländer. Zunächst stellten die Italiener die größte Gruppe, später rückten die Jugoslawen und dann türkische Gastarbeiter an die Spitze. Ein großer Teil lebte in Baracken und eng gedrängt in Wohnheimen. Die große Mehrheit der zugewanderten Arbeitskräfte war in den untersten Lohngruppen beschäftigt. Nur weil sie meist in überdurchschnittlich zahlenden Großunternehmen arbeiteten, Schwerarbeit akzeptierten und viele Überstunden machten, erreichten sie Anfang der 1970er-Jahre im Schnitt Bruttogehälter, die nur wenig unter denen der Deutschen lagen. Auch heute geht es in Deutschland verbliebenen früheren Gastarbeitern erheblich schlechter als der gleichaltrigen deutschen Bevölkerung. Das zeigt eine WSI-Studie von Jutta Höhne, Benedikt Linden, Eric Seils und Anne Wiebel.*

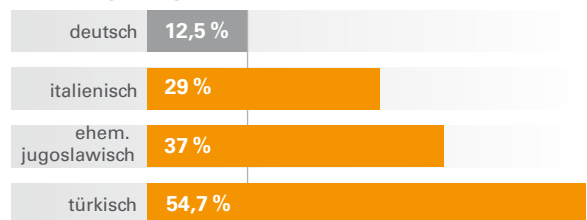
Richtig schwer wurde es nach dem Anwerbepstop: Der Niedergang der Montanindustrie betraf zuerst die Jobs der Gastarbeiter. Die Arbeitslosenquote der Ausländer stieg über die der Deutschen. Gastarbeiter besetzten immer noch die am schlechtesten bezahlten Stellen, arbeiteten aber seltener in Großbetrieben. Die Möglichkeit, niedrige Stundenlöhne durch Mehrarbeit auszugleichen, entfiel häufig. All dies schlug sich nicht nur im laufenden Einkommen nieder, sondern auch in geringen Rentenansprüchen.

So kommen aus der Türkei zugewanderte Männer im Schnitt nur auf eine gesetzliche Rente von 742 Euro, während Deutsche immerhin 1.109 Euro im Monat beziehen. Noch drastischer zeigen sich die sozialen Unterschiede nach der Analyse der Forscher beim Blick auf die Armutsquoten. Von den Deutschen ab 65 Jahren gelten 12,5 Prozent als armutsgefährdet. Unter Gastarbeitern im Rentenalter sind dagegen 41,8 Prozent von Armut bedroht, bei türkischstämmigen Migranten sogar fast 55 Prozent. Merkliche Unterschiede zwischen Einheimischen und Zuwanderern haben die Wissenschaftler auch bei der Wohnsituation festgestellt. Zwar hat sich ihre Lage im Laufe der Jahrzehnte deutlich

Gastarbeiter: Knappe Rente

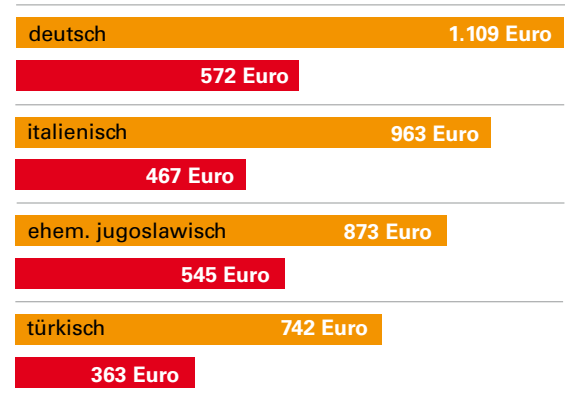
Die Armutsquote von über 64-Jährigen betrug 2012 ...

Staatsangehörigkeit



die durchschnittliche Rente betrug je nach Staatsangehörigkeit ...

Männer Frauen



Quelle: Höhne u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

verbessert, dennoch leben sie nach wie vor unter schlechten Bedingungen als die Deutschen. Sie verfügen wesentlich seltener über Wohneigentum und müssen, weil sie meist in westdeutschen Ballungsgebieten wohnen, überdurchschnittliche Mieten zahlen. „Die ehemaligen Gastarbeiter leben heute besser als zur Zeit der Anwerbung. Gesellschaftlich sind aber viele ganz unten geblieben“, urteilt WSI-Forscher Eric Seils. ◀

* Quelle: Jutta Höhne, Benedikt Linden, Eric Seils, Anne Wiebel: Die Gastarbeiter – Geschichte und aktuelle soziale Lage, WSI Report Nr. 16, September 2014
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Flexibilität hilft nicht allen

Selbstbestimmte Arbeitszeiten können Beschäftigten die Vereinbarung von beruflichen und anderen Pflichten erleichtern. Allerdings gelingt das in Schweden oder den Niederlanden bislang weitaus besser als in Deutschland.

Fast jeder fünfte Beschäftigte in den europäischen Ländern hat Schwierigkeiten, Erwerbsarbeit, familiäre und andere soziale Verpflichtungen zeitlich unter einen Hut zu bekommen. Das zeigt eine repräsentative Erhebung der EU zu den Arbeitsbedingungen in Europa. WSI-Forscherin Yvonne Lott hat den Datensatz genauer unter die Lupe genommen. Sie hat untersucht, welche Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Formen der Arbeitszeitregulierung und den Chancen der Beschäftigten bestehen, Job und Außerberufliches zu vereinbaren.* Ihre Berechnungen beruhen auf Angaben von rund 33.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die wichtigste Erkenntnis: Flexible und selbstbestimmte Arbeitszeiten kommen den meisten Beschäftigten entgegen.

Allerdings gilt das nicht für beide Geschlechter und in allen EU-Staaten im selben Umfang: Vor allem Frauen profitieren von Arbeitszeiten, die flexibel sind und besonders von solchen, über die sie autonom bestimmen können. Lediglich 10 Prozent der weiblichen Beschäftigten in Europa, die sich ihre Arbeit selbst einteilen dürfen, können ihren Verpflichtungen und Bedürfnissen außerhalb der Arbeit nicht nachkommen. Bei Männern trifft dies auf 24 Prozent zu – kaum weniger als unter denen ohne Zeitflexibilität. Die Differenz erklärt Lott mit traditionellen Mustern der Arbeitsteilung: Weil Frauen noch immer den größeren Teil der Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Arbeit im Haushalt erledigen, nutzen sie die zeitlichen Freiräume, die ihnen flexible und selbstbestimmte Arbeitszeiten bieten. Männer sähen ihre Hauptaufgabe dagegen häufiger in der Erwerbsarbeit und seien eher bereit, den Job in den Mittelpunkt des Lebens zu stellen. Daher empfinden viele von ihnen fest vorgegebene Arbeitszeiten offenbar auch nicht als problematisch. Eine weitere Beobachtung der Forscherin: Wenn ihnen keine zeitlichen Grenzen gesetzt werden und sie über ihre Arbeitszeit selbst bestimmen können, neigen Männer dazu, länger zu arbeiten.

Um zu sehen, welchen Effekt unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Strukturen und Wirtschaftsmodelle haben, hat die Wissenschaftlerin einige Länder einzeln angeschaut. Dabei wird unter anderem deutlich, dass selbstbestimmte Arbeitszeiten in den Niederlanden und Schweden mit einer besseren zeitlichen Vereinbarkeit einhergehen – anders als es etwa in Großbritannien der Fall ist. Auch Beschäftigte in Deutsch-

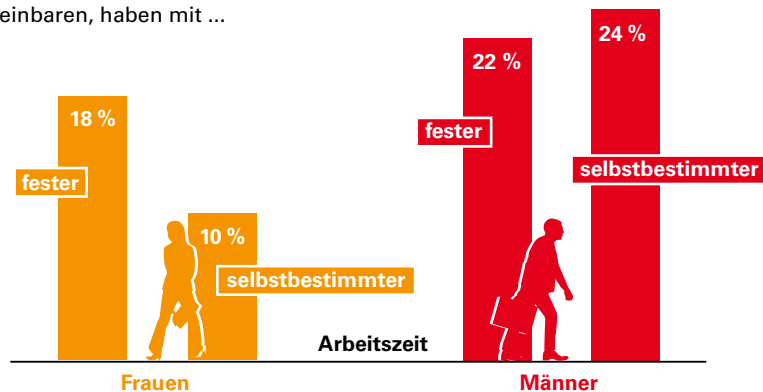
land profitieren weniger stark von autonomen Arbeitszeiten. Lotts Erklärung: Hinter flexiblen Arbeitszeitregelungen können unterschiedliche Interessen stehen. Im marktorientierten britischen Modell, aber auch hierzulande, stünden bei der Flexibilisierung offenbar oft die Interessen der Arbeitgeber im Vordergrund, weshalb Beschäftigte geringere zeitliche Vorteile mit selbstbestimmten Arbeitszeiten hätten.

Dazu passt, dass Beschäftigte im Vereinigten Königreich seltener über Vereinbarungsprobleme klagen, wenn sie zu festen Zeiten arbeiten. „In der Kultur des liberalisierten Arbeitsmarkts, der langen Arbeitstage und der arbeitgeberzentrierten Flexibilität sind feste Arbeitszeiten ein Anker, der Beschäftigte vor der Willkür ihres Arbeitgebers schützt“, schreibt Lott. Hier seien zudem die Geschlechterdifferenzen besonders groß – nicht nur was die Vereinbarkeit betrifft, sondern auch bei der Arbeit selbst: 37 Prozent der britischen Männer ohne feste Arbeitszeiten fühlen sich im Job unter Zeitdruck, aber nur 14 Prozent der Frauen. In Schweden gilt dies nur für 14 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen – auffällig sind nicht nur die niedrigeren Werte, sondern auch der geringere Unterschied zwischen den Geschlechtern.

In puncto Vereinbarkeit schneiden die Niederlande nach Lotts Analyse am besten ab. Dies sei zum einen mit dem hohen Grad zeitlicher Flexibilität zu erklären, die stärker im Interesse der Arbeitnehmer ist, zum anderen mit einer gelockerten Vollzeitnorm, die in den Niederlanden vorherrscht.

Arbeitszeit: Selbstbestimmung nützt Frauen mehr

Schwierigkeiten, berufliche und andere Verpflichtungen zu vereinbaren, haben mit ...



Quelle: European Working Conditions Survey, Berechnungen Lott 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Die WSI-Forscherin zieht vor allem zwei Schlüsse aus ihrer Untersuchung: Die Tarifpartner sollten Beschäftigte unterstützen, damit sie das Potenzial der Zeitflexibilisierung tatsächlich nutzen können; in Ländern mit starken Institutionen zur kollektiven Aushandlung der Arbeitsbedingungen wie Deutschland, den Niederlanden oder Schweden könnten Gewerkschaften und Betriebsräte dafür sorgen, dass Flexibilität nicht zulasten der Beschäftigten geht. „Noch wichtiger“ ist es aus der Sicht der Wissenschaftlerin aber, eine Arbeitskultur zu schaffen, die auch Männer ermutigt, mehr Zeit in familiäre Tätigkeiten zu investieren. Dann würden auch sie stärker von selbstbestimmten Arbeitszeiten profitieren. ◀

* Quelle: Yvonne Lott: Working time flexibility and autonomy: Facilitating time adequacy? A European perspective, WSI Diskussionspapier 190, Juni 2014

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

Bedrohliche Vermögenskonzentration

Um reicher zu werden, empfiehlt es sich, reich zu sein. Arbeitseinkommen sind für die Vermögensverteilung dagegen unwichtiger geworden.

Wer hat, dem wird gegeben: Dass die Reichen weltweit immer größere Vermögen anhäufen, hat der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty in seinem Buch „Capital in the 21st century“ minutiös dokumentiert. Anhand von Pikettys Daten lässt sich der Aufstieg und Fall der Mittelstandsgesellschaft auch für das Beispiel Deutschland nachzeichnen.

Pikettys Studie zufolge hatte sich das Vermögen der Deutschen 1950 durch Weltkriege, Wirtschaftskrisen und Inflation im Vergleich zu 1910 mehr als halbiert. Der Gesamtwert der Erbschaften lag 1910 bei 16 Prozent der Einkommen, 1960 waren es nur noch 2 Prozent. Die Nachkriegsgeneration sei daher ganz überwiegend gezwungen gewesen, sich ihr Vermögen selbst zu erarbeiten, schreibt der Wissenschaftler. Zugleich sei es zu erheblichen Änderungen in der Steuerpolitik gekommen: Auf Druck der

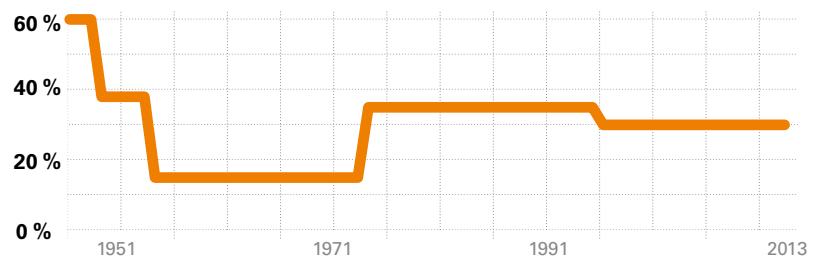
Besatzungsmacht USA wurden Einkommen zwischen 1946 und 1948 mit bis zu 90 Prozent besteuert, Erbschaften mit bis zu 60 Prozent. Danach sanken die Steuersätze zwar, lagen allerdings nach wie vor deutlich über dem Vorkriegsniveau.

Zusammen mit dem Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit hätten die erhöhten Spitzensteuersätze und die bescheidenen Erbschaften steigende Einkommen bei größerer Gleichheit ermöglicht, so Piketty. So sei die moderne Mittelschicht entstanden. Arbeit habe sich mehr als je zuvor gelohnt, erben immer weniger – zumindest bis in die 1970er-Jahre. Damals begann die Nachkriegsgeneration, ihren Kindern das ersparte Vermögen zu hinterlassen, ab 1980 stieg der Wert der Erbschaften wieder deutlich an. Mit 11 Prozent war der Anteil der vererbten Vermögen an den Einkommen 2010 in Deutschland höher als in Großbritannien.

An sich müssten höhere Erbschaften kein Problem sein, stellt der Ökonom fest: Wären die Vermögen einigermaßen gleichmäßig verteilt, so wären das auch die Erbschaften. Tatsächlich ist die Vermögensverteilung allerdings um einiges

Reiche Erben werden geschont

So entwickelte sich der Spitzensteuersatz* für Erbschaften in Deutschland ...



* Für Kinder des Verstorbenen; Quelle: Piketty 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

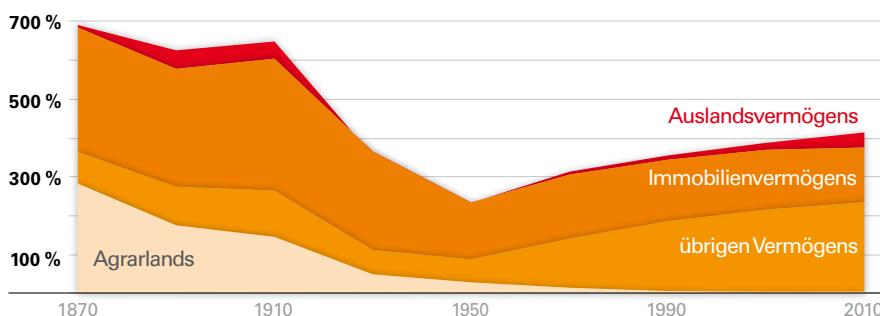
ungleicher als die Einkommensverteilung: IMK-Forscher Fabian Lindner* zufolge bezieht das reichste Prozent der Deutschen etwa 11 Prozent aller Einkünfte, besitzt aber knapp 30 Prozent des privaten Vermögens. Deutschland weist damit laut Schätzungen der Europäischen Zentralbank die höchste Vermögensungleichheit im Euroraum auf. Nach Pikettys Analyse sorgen Erbrecht und Zinseszins dafür, dass diese Kluft immer weiter wächst. Das heißt: Die leistungslosen Einkommen steigen, der Wert der Arbeit schwindet. Die große Konzentration des Reichtums in den Händen weniger stelle die Mittelstandsgesellschaft infrage und beeinträchtigt damit die fundamentale Basis der westlichen Demokratien, warnt der Wissenschaftler.

Lindner hält angesichts dieser Befunde einen Kurswechsel in der Steuerpolitik für dringend geboten: Dass es in Deutschland keine Vermögensteuer gebe und Kapitalerträge pauschal mit 25 Prozent besteuert würden, passe nicht in eine Zeit, in

der immer mehr Menschen ohne eigene Leistungen große Erbschaften antreten. Ein erster wichtiger Schritt bestünde darin, im größten Land der EU die Vermögenden wieder in die Pflicht zu nehmen: „Das würde verhindern, dass einige wenige immer mehr und am Ende fast alles haben.“ ◀

Vermögen wachsen wieder

Im Vergleich zum Volkseinkommen in Deutschland betrug der Wert des ...



* in Prozent des Volkseinkommens
Quelle: Piketty 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

* Fabian Lindner leitet das Referat Allgemeine Wirtschaftspolitik im IMK.
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Kliniken: Viele Experimente, kaum Besserung

In deutschen Krankenhäusern fehlen zunehmend Fachkräfte. Doch trotz einiger Veränderungen bei Organisation und Arbeitsteilung haben sich die Arbeitsbedingungen oft nicht verbessert.

Die Zeichen der Knappheit sind nicht zu übersehen: 37 Prozent der Krankenhäuser haben nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts akute Probleme, genug Pflegefachkräfte zu finden. Drei von vier Einrichtungen berichten von Schwierigkeiten, wenn es um die Einstellung von Ärzten geht. Nach knapp zwei Jahrzehnten, in denen Stellen gestrichen wurden, müssen Deutschlands Krankenhäuser einiges für ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt tun. Wie sich vor diesem Hintergrund die Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen entwickeln, haben Josef Hilbert, Michaela Evans, Christoph Bräutigam und Fikret Öz vom Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen untersucht. Das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Forschungsprojekt stützt sich auf eine umfangreiche Online-Befragung, an der sich mehr als 2.500 Krankenhausbeschäftigte beteiligt haben: neben Pflegekräften – sie stellen die größte Gruppe – und Ärzten auch Physiotherapeuten, Sozialarbeiter und medizinische Fachangestellte. Die Befragung ist nicht repräsentativ, vermittelt nach Einschätzung der Wissenschaftler aber einen guten Eindruck von der Situation in deutschen Krankenhäusern.

Zentrales Ergebnis: Auf vielen Stationen wurden in letzter Zeit Organisation und Arbeitsteilung verändert. Beispielsweise übernahmen Pflegekräfte manche Aufgaben, die früher

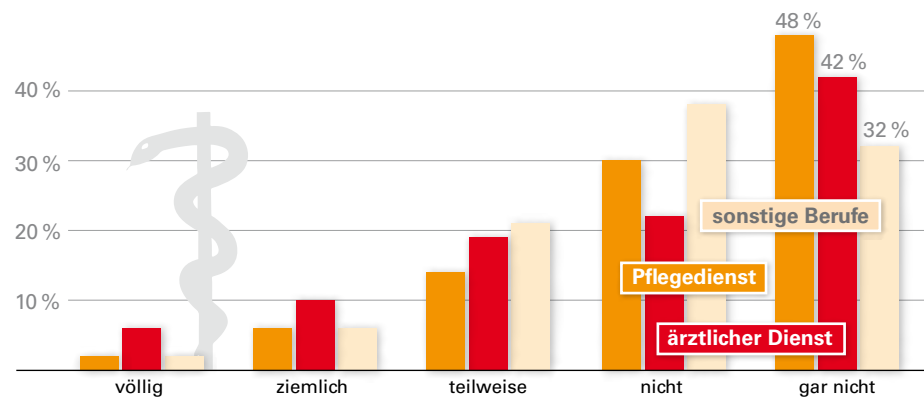
Ärzten vorbehalten waren. Gesundheitsexperten versprechen sich von grundlegenden, systematischen Reformen der Arbeitsteilung eine Entlastung der Beschäftigten und eine bessere Versorgung der Patienten. Und viele Krankenhausmanager geben in Umfragen an, schon einiges für bessere Arbeitsbedingungen getan zu haben. Was in den Kliniken tatsächlich geschehen ist, erfüllt diese Anforderungen aber vielfach offenbar nicht: Die Sicht der Beschäftigten lasse „starke Zweifel daran aufkommen, dass diese Veränderungen erfolgreich sind“, schreiben die Wissenschaftler des IAT. Dabei unterschieden sich die verschiedenen Berufsgruppen zwar im Ausmaß ihrer Kritik, sähen aber insgesamt die gleichen Probleme. So widersprechen rund 78 Prozent der Pflegenden, mehr als 63 Prozent der Ärzte und etwa 70 Prozent der übrigen Befragten der Aussage: „Meine Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten fünf Jahren verbessert“. Und mehr als 50 Prozent der befragten Krankenhausbeschäftigten glauben nicht, dass Patienten von den bisher erfolgten Veränderungen der Aufgabenverteilung profitieren.

Weniger Stellen, mehr Arbeit. Rund 50.000 Stellen sind seit Mitte der 1990er-Jahre im Pflegedienst der Krankenhäuser gestrichen worden – bei steigenden Patientenzahlen und komplexeren Krankheitsbildern. Die in der IAT-Studie befragten Krankenschwestern und -pfleger beschreiben die damit verbundene Arbeitsverdichtung auch für die jüngste Zeit: 71 Prozent geben an, auf ihrer Station seien Pflegestellen abgebaut worden. Lediglich 16 Prozent können von neuen Arbeitsplätzen berichten und nur knapp 12 Prozent geben an, dass Aufgaben in der Pflege reduziert worden seien. Auch nach Einschätzung der Ärzte sind in ihrem Arbeitsbereich eher Stellen gestrichen als geschaffen worden. Zudem berichten fast 37 Prozent, dass auf ihrer Station Mediziner als Leiharbeiter beschäftigt würden.

Zu wenig Zeit fürs Wesentliche. Im Arbeitsalltag erleben viele Beschäftigte aus allen Berufsgruppen nach wie vor per-

Wenig Fortschritt in Krankenhäusern

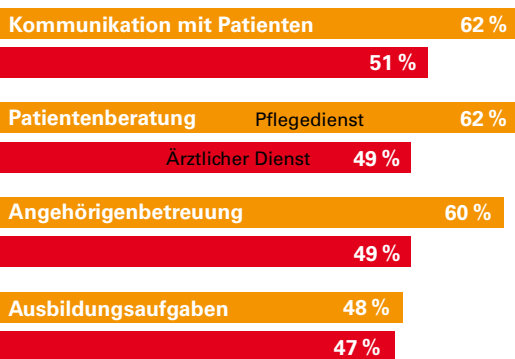
Dass die Arbeitsbedingungen sich in den letzten fünf Jahren verbesserten, stimmt ...



Quelle: Bräutigam u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Zu wenig Zeit für Betreuung

Vernachlässigt wird auf der eigenen Station ...



Quelle: Bräutigam u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

manente Zeitknappheit. Knapp 60 Prozent sagen, sie hätten nicht genug Zeit für ihre Arbeit, weitere 27 Prozent beantworten die Frage mit „teils-teils“. Mehr als die Hälfte der befragten Ärzte und Pflegekräfte kann zumindest mehrmals in der Woche nicht die vorgesehenen Pausen machen. Fast 83 Prozent aller Beschäftigten beobachten, dass auf ihrer Station trotz der Reorganisation wichtige Aufgaben vernachlässigt würden. Rund 60 Prozent der Pflegenden und rund die Hälfte der Mediziner geben an, dass sie oder ihre Kollegen nicht genug für die Information, Anleitung und Beratung von Kranken und deren Angehörigen tun können. Jeweils knapp die Hälfte der Befragten findet, dass die Ausbildung auf ihrer Station zu kurz komme. Ein Drittel der Pflegenden und etwa jeder fünfte Mediziner spricht von Defiziten bei der Dokumentation.

Gleichzeitig, konstatieren die Forscher, liege bei den Pflegekräften „ein erheblicher Teil des Aufgabenspektrums abseits der Arbeit mit Patientinnen und Patienten“.

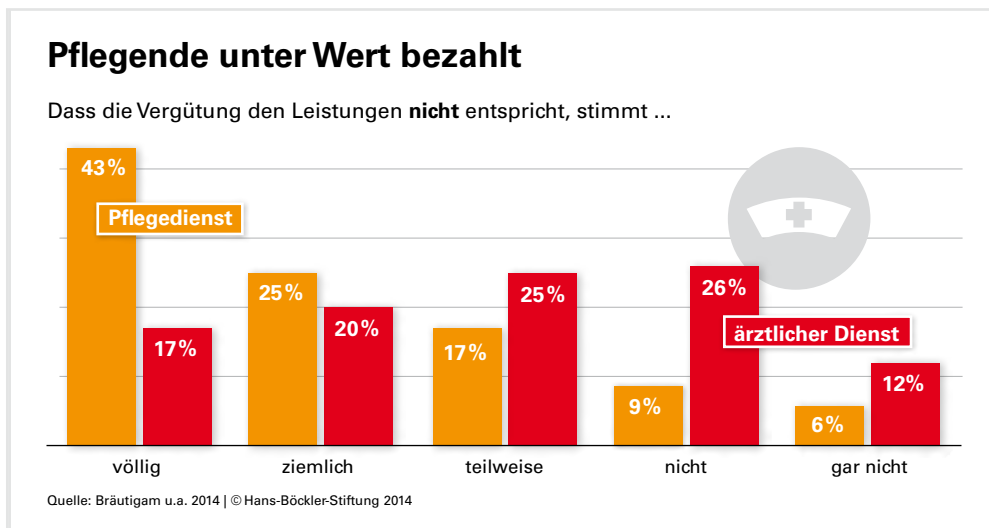
Jeweils rund 40 Prozent der Pflegenden geben an, dass sie auch für Transporte, Botendienste, Reinigungsarbeiten, Verwaltung und hauswirtschaftliche Tätigkeiten eingesetzt werden – während sie mit ihren Kernaufgaben kaum nachkommen.

Verschiebung von Aufgaben, aber keine echte Reorganisation. Mehr als 78 Prozent der befragten Pflegenden haben nach eigener Angabe in den letzten Jahren Tätigkeiten vom ärztlichen Dienst übernommen. Pflegekräfte versorgen verstärkt Wunden, sie setzen Spritzen, legen Venenkanülen, verabreichen Medikamente zur Chemotherapie, kümmern sich um die Dokumentation. 47 Prozent bekamen darüber hinaus zusätzliche Verwaltungsaufgaben übertragen.

Zwar haben in etlichen Kliniken offenbar auch die Pflegedienste Aufgaben abgeben können. Der Anteil der Beschäftigten, die von solchen Entlastungen berichten, ist allerdings deutlich geringer: Knapp 44 Prozent der befragten Pflegekräfte tun das. Am häufigsten hat der Pflegedienst Mahlzeitenbestellungen, die Begleitung von Patienten im Krankenhaus, Boten- und Transportaufgaben sowie Reinigungsarbeiten abgeben können. Übernommen haben solche Tätigkeiten vor allem Beschäftigte in „Assistenzdiensten“ wie Servicehelferinnen, Stationsassistenten, Pflegehilfskräfte. Ein gutes Drittel der Befragten gibt an, dass derartige Dienste auf ihrer Station neu eingerichtet worden sind.

Doch auch wenn Verschiebungen in der Arbeitsteilung durchaus verbreitet sind – von effektiver Reorganisation könne keine Rede sein. Hilbert und seine Ko-Forscher sprechen von „Experimenten“, die die Praktiker auf den Stationen meist nicht überzeugten. Beispiel Pflegedienst: Dessen „Entlastung von patientenfernen Aufgaben“ sei „bei weitem noch nicht systematisch und flächendeckend umgesetzt“. Und wenn die Pflegekräfte Aufgaben und Verantwortung von Ärzten übernehmen, dann handele es sich oft nur um

„Einzeltätigkeiten“ und nicht um zusammenhängende „Aufgabenkomplexe“. Die von Experten immer wieder geforderte „sachgerechte interdisziplinäre Kooperation der Berufe zur Verbesserung der Patientenversorgung“ komme dadurch kaum voran. Auch werde die Chance nicht genutzt, „die professionelle Rolle der Pflege im Krankenhaus zu stärken“ und damit den Beschäftigten eine Perspektive zu bieten, die auch ihre Arbeitszufriedenheit erhöhe. Dazu passt, dass die meisten Befragten angemessene Weiterbildungsmöglichkeiten



vermissen: Nur knapp 17 Prozent der befragten Pflegekräfte sind zufrieden damit, wie ihr Arbeitgeber sie in der Fort- und Weiterbildung unterstützt.

Viele machen sich Sorgen um die Rente. Die Forscher vom IAT attestieren den Krankenhausbeschäftigten hohes Engagement. Trotzdem sehen sie insbesondere den Pflegebereich schlecht für eine Zukunft gerüstet, in der das Personalangebot schon wegen der demografischen Entwicklung zurückgeht. Während die Verantwortung der Beschäftigten wachse, blieben ihnen entsprechende Gestaltungsspielräume und Entscheidungsbefugnisse vorenthalten. In strategische Entscheidungen sehen sich viele Beschäftigte nicht hinreichend eingebunden – auch wenn diese ihren Arbeitsplatz unmittelbar betreffen. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Bezahlung: In der IAT-Umfrage sagen knapp zwei Drittel der Pflegekräfte, sie würden gemessen an ihren Leistungen nicht angemessen bezahlt. Auch scheint problematisch, dass Qualifizierungsmaßnahmen vielfach nicht zu einer besseren Position und Vergütung führen. Laut WSI-Lohnspiegel verdienen Krankenschwestern bei einer 40-Stunden-Woche brutto durchschnittlich 2.513 Euro im Monat, ihre männlichen Kollegen kommen auf 2.742 Euro. Spezialisierte Operationschwestern und -pfleger erhalten im Durchschnitt 3.247 und 3.533 Euro. Helferinnen und Helfer in der Krankenpflege müssen sich mit weniger als 2.000 Euro im Monat begnügen. Knapp die Hälfte der vom IAT befragten Pflegekräfte macht sich Sorgen, nicht genug zu verdienen, um später einmal eine auskömmliche Rente zu bekommen. ◀

* Quelle: Christoph Bräutigam, Michaela Evans, Josef Hilbert, Fikret Öz: Arbeitsreport Krankenhaus. Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 306, August 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Schlechte Argumente gegen Börsensteuer

Die von der EU geplante Finanztransaktionssteuer droht unter dem Einfluss der Finanzlobby löchrig zu werden. Dabei stehen die Gegenargumente auf schwachen Füßen, erklärt der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister.

Die Auseinandersetzung um eine europäische Finanztransaktionssteuer hat nach der Analyse des Wiener Ökonomen bislang drei Phasen durchlaufen:* Von 2009 bis 2011, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte, hatten die Befürworter der Steuer Rückenwind. Im September 2011 machte sich die EU-Kommission das Konzept schließlich zu eigen. Die zweite Phase war von der Suche nach Wegen zur konkreten Umsetzung geprägt – und von zunehmenden Widerständen in Ländern mit großem Finanzsektor. Anfang 2013 lag ein Entwurf vor, der eine Steuer auf Finanzumsätze nur noch in elf EU-Ländern vorsah. Seitdem verstärken vor allem Investmentbanken ihre Lobbyarbeit massiv, so Schulmeister – unter anderem mit dem Ziel, wichtige Länder wie Frankreich und Deutschland gegeneinander auszuspielen. Nun stünden die Unterstützer der Steuer auf verlorenem Posten: Nicht einmal in einer kleinen Gruppe von EU-Ländern wird nach Einschätzung des Forschers in nächster Zeit eine allgemeine Finanztransaktionssteuer eingeführt.

Der Ökonom hat in einem aktuellen Diskussionspapier des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) die Einwände gegen eine Besteuerung von Finanzgeschäften gesammelt und sich kritisch mit ihnen auseinandergesetzt.

Die kleine Lösung: Eine Finanztransaktionssteuer für elf Länder

Der EU-Vorschlag von 2011 sah vor, in der gesamten EU einen Mindeststeuersatz von 0,1 Prozent auf den Handel mit Aktien und Anleihen zu erheben. Die dem Volumen nach viel größeren Transaktionen mit Finanzderivaten, also Käufe und Verkäufe auf

Termin, Swapgeschäfte oder der Handel mit Optionsscheinen sollten mit 0,01 Prozent besteuert werden. Da sich nicht die nötige Mehrheit für eine EU-weite Lösung fand, beschlossen die Wirtschafts- und Finanzminister von elf Mitgliedstaaten im Januar 2013,

allein voranzugehen. Möglich macht das die Möglichkeit der „verstärkten Zusammenarbeit“ in den EU-Verträgen. Die elf Länder sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Estland, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien.

Sein Fazit: Vergleiche man Pro- und Contra-Positionen, so zeige sich, dass die Argumente für eine umfassende Finanztransaktionssteuer in der Regel empirisch fundiert seien, die Gegenargumente jedoch häufig aus einer realitätsfernen ökonomischen Modellwelt stammten.

Schulmeister geht die häufigsten Einwände gegen die „Financial Transaction Tax“ (FTT) Punkt für Punkt durch:

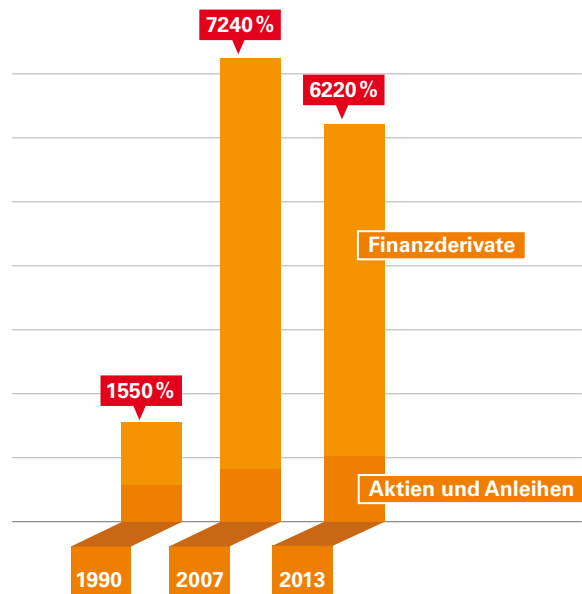
Stört die FTT den Prozess der Preisbildung an den Finanzmärkten, weil sie die Liquidität reduziert? Diese Befürchtung könne nur formulieren, so Schulmeister, wer daran glaubt, dass Finanzmärkte von sich aus zu einem stabilen Gleichgewicht finden und dass dies umso schneller gehe, je mehr Geld an den Börsen umgesetzt werde. Tatsächlich sei empirisch das Gegenteil zu beobachten. Mehr Handel führe nicht zu geringeren Kursschwankungen, sondern zu größeren.

Würde die FTT häufig die Falschen treffen, weil es gar nicht möglich ist, sie auf schädliche Spekulationsgeschäfte zu beschränken und volkswirtschaftlich sinnvolle Transaktionen zu verschonen? Dies sei ein Beispiel für interessengesteuerte Argumentation, erklärt der Ökonom. Denn selbst wenn man an die Theorie der effizienten Märkte glaubt, sei die Unterscheidung klar: „Gut“ sind Geschäfte, die sich an wirtschaftlichen Fundamentaldaten orientieren. „Schlecht“ ist dagegen der rasend schnelle, computergesteuerte Hochfrequenzhandel, der gar keine neuen Informationen verarbeitet, sondern nur auf der automatischen Auswertung früherer Kursbewegungen beruht. Schon die Grundkonstruktion der FTT stelle sicher, dass ganz überwiegend „schlechte“ Transaktionen gebremst würden: Da der Steuersatz sehr niedrig ist, werde es erst teuer, wenn ein Wertpapier sehr oft gehandelt wird.

Wäre eine FTT schädlich, weil dasselbe Produkt – anders als bei der Mehrwertsteuer – bei jedem Besitzerwechsel wieder neu besteuert wird? Auch wenn es beide Male um Umsätze geht, hält der Wirtschaftsforscher die Analogie zur

Realwirtschaft tritt in den Schatten

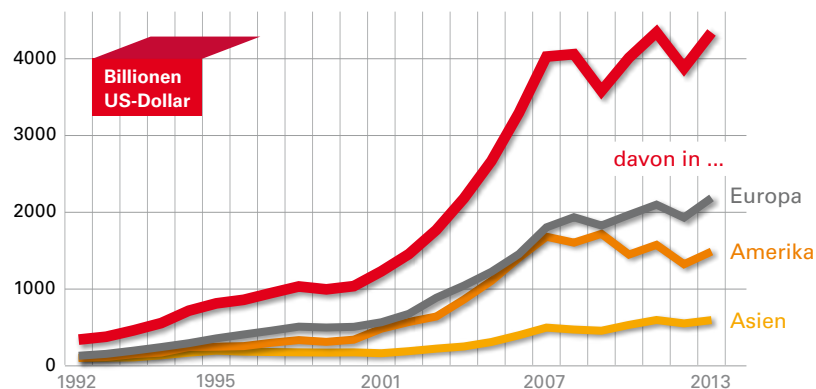
Gemessen am Weltsozialprodukt betragen die Umsätze an den Finanzmärkten ...



Quelle: Schulmeister 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Jenseits der Vorstellungskraft

Umgesetzt wurden weltweit in den Finanzmärkten ...



Quelle: Schulmeister 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Mehrwertsteuer nicht für passend, schon weil der extrem kurzfristige Handel mit Finanzprodukten gar keinen Mehrwert schaffe. Vergleichbar sei die FTT eher mit der Lotteriesteuer, die auch bei jeder einzelnen Wette anfallt.

Würde die FTT die Kapitalkosten erhöhen und Vermögen entwerten, so als würden künftige Dividenden höher besteuert? Dieses von Investmentbanken vorgebrachte Argument ist Schulmeister zufolge nicht schlagkräftig. Denn die FTT würde nicht die Aktie oder (Staats-)Anleihe an sich treffen, sondern den Handel mit ihr, vor allem den Hochfrequenzhandel.

Dienen nicht die meisten Finanztransaktionen dem Risikomanagement statt der Spekulation? Der Wirtschaftsforscher widerspricht dieser aus neoklassischen Modellen abgeleiteten Annahme vehement: Der schnelle und exzessive Handel mit allen möglichen Finanzkonstrukten reduziere die Finanzmarktrisiken gerade nicht, sondern erzeuge sie zu einem guten Teil erst.

Sollten nicht gerade Derivate von der Steuer ausgenommen werden, weil sie es Unternehmen ermöglichen, sich gegen Marktschwankungen abzusichern, etwa gegen plötzliche Wechselkursänderungen? Absicherungsgeschäfte mit realwirtschaftlicher Basis ließen sich problemlos von der FTT

ausnehmen, schreibt der Wissenschaftler. Aber selbst wenn nicht, wären die Kosten überschaubar: Beim Kauf einer Devisenoption fällt die Steuer – nach dem EU-Vorschlag 0,01 Prozent – nur einmal an.

Würden letztlich die Verbraucher die von Finanzunternehmen überwältigten Kosten der FTT tragen? Bei der FTT seien die Verteilungswirkungen zumindest eindeutiger zu beschreiben als bei anderen Steuern auf Finanzgeschäfte, so Schulmeister. Banken und Sparkassen, die keinen Eigenhandel betreiben, würden gar keine FTT zahlen – außer beim Handel im direkten Kundenauftrag. Ihnen entstünden folglich auch keine Kosten, die sie an die Gesamtheit ihrer Kunden weitergeben könnten. Anders wäre die Lage bei Hedgefonds. Die dürften ihre Steuerlast auf ihre vermögende Kundschaft abwälzen.

Würde eine FTT vor allem zur Verlagerung von Finanzgeschäften führen – in Richtung unregulierter Offshore-Standorte? Erstens finde ein großer Teil des Finanzmarktgeschehens bereits heute in Steueroasen statt, schreibt der Ökonom. Zweitens müsse das aber nicht bedeuten, dass die Transaktionen steuerfrei bleiben: Wenn die FTT nach den EU-Vorschlägen ausgestaltet würde, wäre nicht der Standort der Handelsplattform ausschlaggebend, sondern der Wohnort von Käufer oder Verkäufer.

Trotz guter Argumente sieht Schulmeister erst ernsthafte Realisierungschancen für die FTT, wenn noch einige Zeit ins Land gegangen ist. Im Augenblick scheine sich der in 40 Jahren mit dem Übergang vom Real- zum Finanzkapitalismus gewachsene Einfluss der Finanzkonzerne durchzusetzen. Doch die nächste Krise könnte noch heftiger ausfallen als die letzte. Dann wäre eine grundlegende Korrektur der Wirtschaftspolitik unausweichlich – und die Finanztransaktionssteuer nur eines von vielen neuen Instrumenten. ◀

* Quelle: Stephan Schulmeister: The Struggle Over the Financial Transactions Tax – A Politico-economic Farce, WIFO Working Paper 474/2014

Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Finanzpolitik

Sparen zur falschen Zeit schadet auch langfristig

In der Finanzpolitik ist es nicht anders als im Straßenverkehr: Es gibt brenzlige Situationen, in denen man bremsen sollte – aber auch solche, in denen Gasgeben die bessere Strategie ist. Welche Vorgehensweise sich im Falle heftiger kon-

junkturer Einbrüche eher bewährt, haben Dean Baker und David Rosnick vom Center for Economic and Policy Research in Washington in einem Working Paper des IMK untersucht.* Dazu haben sie Literatur ausgewertet und eigene Berechnungen für die entwickelten Länder angestellt. Ihr Ergebnis: Gerade im Abschwung haben

die Staatsausgaben einen „substanziellen Einfluss“ auf die Konjunktur. Nach der Kalkulation der Forscher dürfte in der jüngsten Krise jeder von den Finanzministerien eingesparte Euro einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um etwa 1,50 Euro bewirkt haben. Aber das ist nicht alles: Auch längerfristig hat die Sparpolitik

Wachstumschancen und Innovationskraft der Wirtschaft geschwächt. Unter anderem, weil Fertigkeiten und kreatives Potenzial der arbeitslos Gewordenen dahinschmelzen.

* Quelle: Dean Baker, David Rosnick: Stimulus and Fiscal Consolidation: The Evidence and Implications, Juni 2014

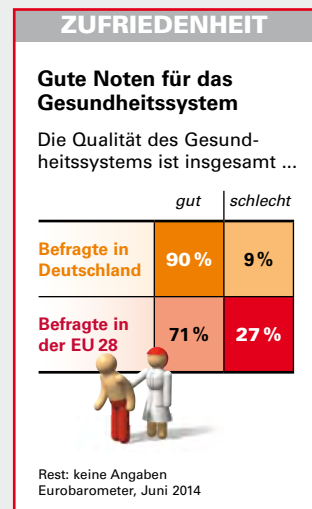
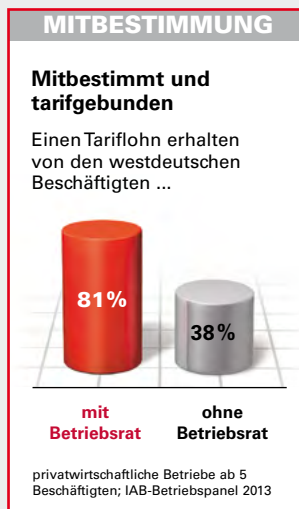
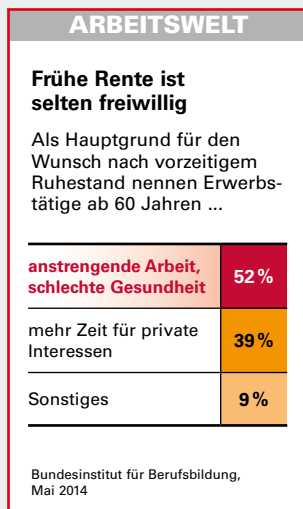
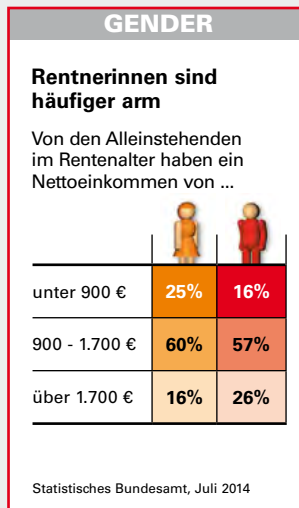
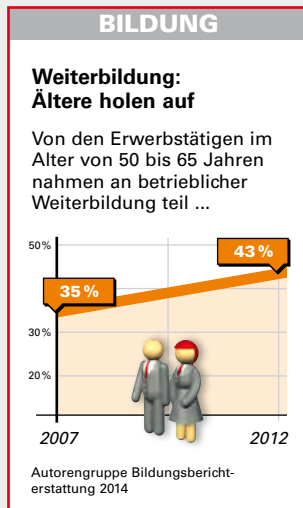
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Dr. Kai Kühne, Katja Wolf;
 E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon: 02 11 / 77 78-286, Fax: 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,
 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARBEITSMARKT:** Ausländer aus Nicht-EU-Staaten haben in Europa wesentlich schlechtere Arbeitsmarktperspektiven als Einheimische oder andere EU-Bürger. Im Durchschnitt beläuft sich die Arbeitslosenquote unter den Ausländern auf gut 21 Prozent, während die Quote bei den Einheimischen mit 10 Prozent nur knapp halb so

hoch ist. Von den Ausländern, die Staatsbürger eines anderen EU-Mitgliedslandes sind, haben 12,2 Prozent keinen Job.
 Eurostat, Juli 2014

► **EINKOMMEN:** Die Löhne in Deutschland sind im vergangenen Jahrzehnt langsamer gestiegen als die Produktion: Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirt-

schaftsforschung (DIW) legte die von den Arbeitnehmern erbrachte Bruttowertschöpfung zwischen 2003 und 2011 um jährlich fast 2,5 Prozent zu. Die Arbeitsentgelte stiegen hingegen lediglich um etwas mehr als 2,1 Prozent. Zwar scheine die Differenz zunächst klein, „auf Dauer ergibt sich dadurch aber eine erhebliche Umverteilung“, so das DIW.
 DIW, August 2014

► **ARBEITSWELT:** Zwei von drei Arbeitnehmern leisten regelmäßig Überstunden. Dabei ist die Mehrarbeit für gut ein Fünftel der Betroffenen persönlich belastend: Sie fühlen sich von ihrem Arbeitgeber zumindest indirekt unter Druck gesetzt, wie aus einer Studie der Initiative Gesundheit und Arbeit (IGA) hervorgeht.
 IGA, August 2014

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 25. September

bestellen unter boecklerimpuls.de